

Verschobene Gelder aus dem SED-Vermögen für die Opfer der SED-Diktatur verwenden

41. Sitzung des AGH - 29. Januar

Das Wort für die Fraktion der Grünen hat der Kollege Otto.

Andreas Otto (Grüne):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! 4,5 Millionen Euro – der Kollege Hilse hat es gerade gesagt – sind nicht gerade wenig, aber auch nicht viel. Ich habe Ihre eigenen Vorschläge vermisst, Herr Hilse. Sie sagten, man könne sich viel vorstellen; die CDU liegt vielleicht richtig, vielleicht aber auch nicht. Aber Sie haben überhaupt nichts gesagt. Sie haben nicht eine Idee. Das macht uns natürlich hellhörig.

20 Jahre hat es gedauert, dass dieses Geld, dieser kleine Baustein, zumindest auf dem Weg zu einer symbolischen Gerechtigkeit hier in Berlin eingetroffen ist. Herr Braun hat es mit Täter-Opfer-Ausgleich tituliert. Ich finde, es ist ein wenig, etwas von Gerechtigkeit. Gerechtigkeit ist ein Wort, das heute etwas inflationär gebraucht wird. Hier ist es an der richtigen Stelle, hier kann man tatsächlich von einem Symbol von Gerechtigkeit sprechen.

[Beifall bei den Grünen]

Wir wollen, dass dieses Geld für die Aufarbeitung der Diktatur und für die Arbeit – ähnlich wie die CDU das vorgeschlagen hat – der Verbände und Vereine, die Opferberatung und Bildungsarbeit machen, verwendet wird. Wir werden sehr genau darauf achten, dass das nicht irgendwo im allgemeinen Haushalt untergeht, sondern wir wollen, dass das speziell verbucht wird, dass wir etwa einen Beirat gründen, der sich über die Verwendung Gedanken macht, der mit denen, die da Geld haben wollen, spricht und dann entsprechende Entscheidungen trifft oder vorbereitet. Das ist unsere Idee zum Verfahren, und das werden wir auch so in den Ausschüssen beantragen.

20 Jahre lang ist ermittelt worden, viele Jahre Gerichtsverfahren sind gelaufen. Alles das hätte man sich sparen können, wenn die SED oder PDS dieses Geld nicht hätte verschwinden lassen.

[Dr. Martin Lindner (FDP): Ja, nach Liechtenstein!]

Die unabhängige Kommission zur Überprüfung des Vermögens der Parteien und Massenorganisationen der DDR hat 2006, also nach 16 Jahren, ihren Abschlussbericht vorgelegt. Da hat sie das noch einmal bescheinigt und reingeschrieben:

Die Partei musste regelmäßig eher gezwungen werden, als dass sie den gesetzlichen Verpflichtungen von sich aus nachgekommen wäre.

Ähnlich hat es ein Untersuchungsausschuss des Bundestages formuliert und geschrieben – ich zitiere –:

dass die Haltung der SED/PDS von Anfang an darauf gerichtet war, einen möglichst großen Teil der in der Zeit ihrer Herrschaft angeeigneten Vermögenswerte für sich zu sichern.

Darüber hinaus sei deutlich geworden,

dass eine sorgfältig geplante Strategie der Partei zur Abwehr von Angriffen auf das Parteivermögen vorliegt.

Das muss man sich – auch nach einer so langen Zeit – immer mal wieder auf der Zunge zergehen lassen. Da ist die Firma Novum überhaupt nur ein Element. Vieles wissen wir vielleicht gar nicht, vieles wissen vielleicht Herr Gysi oder die Linkspartei, aber vielleicht auch die nicht. Es ist jedenfalls noch eine große Dunkelziffer dabei. Aber die Novum-Millionen sind gefunden worden. Es gab – wie schon erwähnt – lange Prozesse. Wer noch einmal nachliest, dass 1991/92 die Treuhänderin der SED, die so genannte „rote Fini“, Frau Steindling, in der Größenordnung von 60 Banküberweisungen 164,7 Millionen Schweizer Franken auf anonyme Konten in aller Welt beiseite gebracht hat, weiß, dass das schon eine Menge Holz war. Wenn davon 4,5 Millionen Euro irgendwann wieder nach Berlin zurückkommen, dann kann man sich darüber vielleicht etwas freuen.

[Beifall bei den Grünen]

Das ist im Prinzip so, als wenn jemand mit seiner Firma bankrott macht und vorher versucht, noch etwas beiseite zu schaffen – ob das ein Immobilienunternehmer Schneider ist oder ein Diktator von den Philippinen.

[Dr. Martin Lindner (FDP): Oder die SED/PDS!]

Das ist genau die Masche, die hier gelaufen ist, und das muss auch noch öfters erwähnt werden.

[Beifall bei den Grünen und der FDP]

Das hat etwas mit Geld und Kapital zu tun. „Das Kapital“ hatten die Genossen sehr häufig gelesen.

Das Ganze ist ein Krimi. Wenn man noch einmal die Berichte nachverfolgt – insbesondere Frau Steindling ist da eine interessante Person –, dann fällt einem noch etwas auf, was in dieser Geschichte ein ganz merkwürdiger Vorgang ist: Die Frau Steindling wohnt zum Teil in Israel – wenn sie nicht in Wien wohnt. Sie ist als Mäzenin sehr bekannt und spendet ganz viel Geld – möglicherweise von dem SED-Geld, das weiß man nicht so genau –, unter anderem in Israel an jüdische Organisationen. Da denke ich mir, dass das vielleicht auch ein Stück Gerechtigkeit ist.

Vizepräsidentin Karin Seidel-Kalmutzki:

Herr Otto! Darf ich Sie darauf hinweisen, dass Ihre Redezeit beendet ist?

Andreas Otto (Grüne):

Ja, danke! – Wenn dieses SED-Geld, das Geld einer Partei, die dezidiert antiisraelische Politik gemacht hat, jüdischen Einrichtungen in Israel zugute kommt, dann ist das nicht so ganz schlecht. – Danke sehr!

[Beifall bei den Grünen, der CDU und der FDP]